

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/202

21. Oktober 1971

Ja zur deutschen Friedenspolitik

Zum Echo auf die Nobelpreisverleihung
an Brandt

Seite 1 / 37 Zeilen

Bildungsreform auf dem Vormarsch

Weitere konkrete Schritte zu dem großen
Ziel

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB
Staatssekretär im Bundesministerium für
Bildung und Wissenschaft

Seite 2 und 3 / 58 Zeilen

SPD-Politik auf die Zukunft gerichtet

Zu den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Von Heinz Bühringer MdB
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD
in Baden-Württemberg

Seite 4 und 5 / 52 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Friedensnobelpreis an Willy Brandt

Seite 6 / 37 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 3-10
Postfach: 9159
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telefax: 089 949/996 9477
88888 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Ja zur deutschen Friedenspolitik

Zum Echo auf die Nobelpreisverleihung an Brandt

Der vierte Friedensnobelpreis, der seit 1901 einem Deutschen verliehen worden ist, ehrt den Mann, der in der Sache und in der Person so herausragend ausgezeichnet wurde, und gilt seinem Volk. Die Flut der Glückwünsche aus dem ganzen Ausland, aus dem uns durch Freundschaftspakte fest verbundenen Westen und aus dem Osten, mit dem wir durch Nichtangriffspakte dauernde Entspannung und Versöhnung suchen, ist ein erregender Beweis für diese Feststellung, der sich jeder Deutsche anschließen kann oder könnte.

Es ist jetzt nicht die Zeit, sich mit der versteckt oder offen geäußerten Kritik aus manchen Gruppen der Bundesbevölkerung zu befassen. Man wird freilich zu registrieren haben, wer sogar in dieser Stunde, die nach der Ansicht des Bonn-Bevollmächtigten der Evangelischen Kirche Deutschlands "uns alle in Deutschland in Freude und Dank einen" sollte, so voller Mißgunst, Ablehnung oder Haß ist, daß er in steriler Kritik verharret. Einige Stimmen nicht nur in Springer-Zeitungen sind hier zu vermerken. Die Börsartigkeit z.B. eines "Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes", der die Friedenspreisverleihung an den Bundeskanzler als "glatte Fehlentscheidung und Pervertierung des Willens von Alfred Nobel" beschimpft, läßt in etwa ahnen, welche Abgründe die emotionelle Demagogie der politischen Gegner der sozialliberalen Bundesregierung öffnen kann.

Gleichwohl: Die Überwältigende Mehrheit der Bundesbevölkerung begrüßt und folgt der durch die Friedenspreisverleihung erneut im Vordergrund des Weltinteresses stehende Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts und seiner Regierung. Die Zahlen, die ein Meinungsbefragungsinstitut soeben vorgelegt hat, bestätigen zur vollen Sicherheit die Erwartung, daß die Bemühungen Willy Brandts und der SPD/PDP-Koalition um die Erweiterung der Verständigung und Aussöhnung des deutschen Volkes mit seinen ehemaligen Kriegsgegnern über den Westen hinaus nach Osten auf dem festen Boden der Mehrheitszustimmung der Bundesbevölkerung vorwärtsgen können. Die Ansicht, daß der Friedensnobelpreis denn eine wesentliche Ermunterung ist, in dieser Politik des Bemüchens um "Frieden rundum" entschlossen und zielbewußt voranzugehen, das kann auch als feste Überzeugung dieser beeindruckenden Mehrheit bewertet werden.

(ee/ee/21.10-1971/pgy)

Bildungsreform auf dem Vormarsch

Weitere konkrete Schritte zu dem großen Ziel

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB

Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Fast auf den Tag zur Halbzeit der sozialliberalen Koalition verabschiedete die Bildungsplanungskommission in Bonn ein gemeinsames Konzept von Bund und Ländern zur Bildungsreform, das nun in den Kabinetten Entscheidungsgrundlage für Bildungsplanung und Finanzpolitik sein soll.

Der Zwischenbericht zum Bildungsgesamtplan ist das Ergebnis von mehr als einem Jahr mühsamer Verhandlungen, die zum erstenmal seit Bestehen der Bundesrepublik dem Bund Gewicht in der Bildungspolitik gegeben haben. An einem Tisch haben Bund und Länder verstanden, daß in den Verhandlungen Zuständigkeitsfragen zunächst weniger wichtig sein müssen als die Einigung auf Ziele und Maßnahmen.

Der Bundeskanzler hatte schon in der Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 gesagt, daß die Bundesregierung die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Ländern voll ausschöpfen wolle - ohne die Zuständigkeit der Länder anzutasten. Der Bund weiß, daß Sachwissen und Verwaltungspraxis im Bildungsbereich vorwiegend bei den Ländern zu finden sind; und der Bund hat seine Mitarbeit in der Bildungsplanungskommission auf diese Erkenntnis gestützt.

Aber zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik ist eine Bundesregierung mit einer eigenen Vorstellung von der zukünftigen Gestaltung des Bildungswesens in der Bundesrepublik hervorgetreten und hat diese in die Planung eingebracht. Der Bildungsbericht 1970 steckte die Ziele ab: Jedermann wußte, daß der Bildungsgesamtplan in der föderalistischen Struktur unseres

Staaten die Ziele unterschiedlicher Vorstellungen in den Ländern einbeziehen muß, wenn eine gemeinsame Planung zustandekommen soll.

Der Zwischenbericht enthält wichtige Teile des Bildungsberichtes 1970 und gibt auf dieser Grundlage für alle Länder, ob SPD- oder CDU-geführt, in wichtigen Punkten Richtlinien der Bildungsplanung:

Er enthält u.a. folgende besonders wichtige und nun für alle Bundesländer maßgebliche Reformvorhaben:

- verstärkter Ausbau von Kindergärten und Vorschulerziehung;
- Zusammenfassung des 5. und 6. Schuljahres zur Orientierungsstufe;
- bauliche Gestaltung der Schulgebäude, so daß in ihnen eine Zusammenfassung der verschiedenen Schularten möglich ist (Gesamtschule);
- auf die individuellen Neigungen und Fähigkeiten abgestellte Schulbildung durch Wahlmöglichkeiten und Leistungs differenzierung in der Sekundarstufe I (5. bis 9. oder 10. Schuljahr);
- entsprechende Neugestaltung der Sekundarstufe II mit dem Ziel, den Gegensatz von beruflicher und allgemeiner Bildung aufzuheben;
- Verdoppelung der Zahl der Studienplätze;
- Entwicklung eines Systems von abgestuften aufeinander bezogenen Studiengängen und Studienabschlüssen; und
- intensiver Auf- und Ausbau der Weiterbildung (Erwachsenenbildung) als öffentliche Aufgabe.

Wenn die CDU-geführten Länder die Konsequenz aus diesen Zielen durch die Einführung der Gesamtschule noch nicht ziehen wollen, so ist das zwar bedauerlich, konnte aber beim ersten Anlauf auch nicht erwartet werden.

Die Sozialdemokratische Partei kann feststellen, daß sich die Grundlinien ihrer bildungspolitischen Vorstellungen in den Zielen des Zwischenberichtes wiederfinden. Die erste Runde der Verhandlungen ging an die Reformer. Mit den wachsenden Finanzmitteln darf nun auch in den CDU-geführten Ländern nicht nur die Expansion finanziert werden. Der Anfang für Struktur reformen ist auf breiter Ebene gesetzt worden. Jetzt geht es - in der Bildungsplanungskommission und entscheidend in der Arbeit der Länder - um die konkreten Schritte auf das große Ziel hin.

(-/ex/21.10.1971/bcy.

SPD-Politik auf die Zukunft gerichtet

Zu den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Von Heinz Bühringer MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg

Am 24. Oktober 1971 sind bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg in 3.200 Gemeinden rund 15.000 Stadt- und Gemeinderäte sowie in den derzeit noch bestehenden 63 Landkreisen etwa 2.500 Kreisverordnete zu wählen. Dies geschieht im Zeichen der umfassenden Verwaltungsreform, die von Innenminister Walter Krause SPD-MdL eingeleitet wurde und die die SPD mit Nachdruck vorantrieb, so daß die Gesetze zur Kreis- und Regionalreform noch vor der diesjährigen parlamentarischen Sommerpause verabschiedet werden konnten.

Das Kreisreformgesetz hat die Wirkung, daß es ab 1. Januar 1973 in Baden-Württemberg nur noch etwas mehr als die Hälfte der jetzigen Landkreise geben wird. Deshalb werden die Kreisverordneten jetzt nur auf die Dauer von anderthalb Jahren gewählt. Im Bereich der Gemeinden hat sich das von Innenminister Krause erarbeitete und vom Stuttgarter Parlament beschlossene Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden, das Gemeindezusammenschlüsse auf freiwilliger Basis begünstigt, derart bewährt, daß inzwischen ein Drittel aller Gemeinden an Zusammenschlüssen beteiligt sind. Zahlreiche weitere Zusammenschlüsse sind auf den 1. Januar 1972 terminiert. So kann am 24. Oktober nicht in allen Gemeinden des Landes gewählt werden. In den neu entstehenden Gemeinden wird die Wahl im Februar nächsten Jahres nachgeholt.

Darüber hinaus bringen die bevorstehenden Kommunalwahlen ein generelles Novum: Das bisher in Baden-Württemberg geltende "rollierende System" wurde abgeschafft. Während nach diesem System alle drei Jahre jeweils die Hälfte der Mitglieder der jeweiligen Gemeinderatsgremien zu wählen war, so daß sich insgesamt eine Amtsdauer von sechs Jahren ergab, sollen künftig - 1974 beginnend - alle ehrenamtlichen Stadt- und Gemeinderäte in einer einzigen Wahlentscheidung für eine Amtsdauer von fünf Jahren gewählt werden. Die jetzt zu wählenden Gemeinderäte werden also nur drei Jahre antieren.

Unter der Devise "Sozialdemokratische Politik ist auf die Zukunft gerichtet, Kommunalpolitik ist praktische Gesellschaftspolitik" hatte der SPD-Landesvorstand frühzeitig ein "Kommunalwahlprogramm '71" verabschiedet, und die mit dem Ziel einer stärkeren Politisierung der Kommunalwahlen. Zugleich wurde erstmals eine zentrale Wahlkampfleitung für die Kommunalwahlen im ganzen Land gebildet, wobei die SPD unter dem Motto antrat "Die besseren Ideen, die größere Tatkraft". Schon jetzt kann festgestellt werden, daß nie zuvor im Land die eminent politische Bedeutung von Gemeinde- und Kreistagswahlen derart stark zum Ausdruck kam wie diesmal. Besonders erfreulich ist dabei, daß die SPD die Zahl eigener Listen in den Gemeinden des Landes um mehr als ein Drittel erhöhen konnte. Von da aus können vor allem in manchen ländlichen Bereichen positive Auswirkungen erwartet werden. Bei den Kreistagswahlen ist die SPD durchweg mit eigener Listen vertreten.

(-/ex/21.10.1971/bgy)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Friedensnobelpreis an Willy Brandt

Die Begründung für die Verleihung des Friedensnobelpreises an Bundeskanzler Willy Brandt, die das Nobelpreiskomitee des norwegischen Storting am Mittwoch gab, hat folgenden Wortlaut:

"Das politische ungelöste Deutschlandproblem stellte in der ganzen Nachkriegszeit eine latente Gefahr für den Frieden dar. Viele gute Kräfte sind in diesen Jahren am Werke gewesen in dem Versuch, Entspannung in dieses gefährliche Spannungsfeld zu bringen. Das Nobelkomitee des norwegischen Storting hat heute den Friedensnobelpreis für 1971 Bundeskanzler Willy Brandt zuerkannt. Das Nobelkomitee hat durch diese Wahl die Zweckbestimmung im Testament Alfred Nobels zu verwirklichen gesucht.

Willy Brandt hat als Chef der westdeutschen Regierung und im Namen des deutschen Volkes die Hand ausgestreckt zur Versöhnungspolitik zwischen alten Feindländern. Er hat im Geiste des guten Willens eine hervorragende Leistung vollbracht, um Voraussetzungen für den Frieden in Europa zu schaffen.

Die Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung ist eine politische und militärische Entspannung zwischen Ost- und Westeuropa. Das Nobelkomitee hat Gewicht darauf gelegt, daß Willy Brandt als Außenminister seit 1966 und ebenso als Bundeskanzler seit 1969 konkrete Initiativen ergriffen hat, die zu einer solchen Entspannung führen können. Das Komitee hat die Unterzeichnung der Absprache über die Nichtverbreitung von Atomwaffen und die Unterzeichnung der Gewaltverzichtsabsprachen mit Polen und der Sowjetunion hervorgehoben. Weiter verweist das Komitee auf seine Bemühungen, der Bevölkerung Westberlins die grundlegenden Menschenrechte wie persönliche Sicherheit und volle Bewegungsfreiheit zu sichern.

Willy Brandt betrachtet eine Stärkung der Zusammenarbeit in Westeuropa als einen integrierenden Teil dieses Friedensplans für ganz Europa. Auch bezüglich des wirtschaftlichen und politischen Zusammenhalts in Westeuropa hat der Bundeskanzler wichtige Initiativen ergriffen. Das Nobelkomitee beurteilt diese Gesamtleistung als einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Möglichkeiten für eine friedliche Entwicklung, nicht nur in Europa, sondern in der Welt als Ganzes." (-/ex/21.10.1971/ks)

+ + +